

## **Niederschrift**

über die Sitzung des Stadtrates - öffentlich -

Datum: 25.01.2012

Ort: Stadtverordnetensaal des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 15:05 Uhr – 17:22 Uhr

Vorsitz: Frau Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig

### **Beschlussfähigkeit**

Soll:	61	Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin
Ist:	55	Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin

### **Anwesenheit**

#### **Entschuldigt**

Herr Wolfgang Lesch	Fraktion FDP	Krankheit
Herr Kai Rösler	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	dienstlich
Frau Ines Saborowski-Richter	CDU-Ratsfraktion	Sächsischer Landtag
Herr Prof. Dr. Andreas Schmalfuß	Fraktion FDP	dienstlich

#### **Verspätetes Erscheinen**

Frau Petra Zais	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Termin Schöffe am Landgericht
-----------------	--------------------------------	-------------------------------

#### **beratend Teilnehmende**

Frau Bettina Bezold	Gleichstellungsbeauftragte
Frau Karin Genkel	Kinderbeauftragte
Herr Philipp Rochold	Bürgermeister Dezernat 5
Herr Miko Runkel	Bürgermeister Dezernat 3
Frau Petra Wesseler	Bürgermeisterin Dezernat 6

#### **Sachverständiger**

Herr Manfred Wüpper	Betriebsleiter ASR/ESC
---------------------	------------------------

#### **Bedienstete der Stadtverwaltung**

Frau Annkatrin Falk	Amtsleiterin Amt 14
Frau Beate Frech	Abteilungsleiterin Abt. 15.4
Frau Gunda Georgi	Amtsleiterin Amt 15
Herr Uwe Götsch	Amtsleiter Amt 23
Frau Angelika Härtel	Amtsleiterin Amt 20
Frau Katrin Kretschmar	Sachbearbeiterin Abt. 15.4
Herr Albert Lonsdorfer	Amtsleiter Amt 30
Herr Michael Stötzer	Leiter GMH

#### **Fraktionsangestellte**

Frau Kristina Bierögel	CDU-Ratsfraktion
Herr Raimon Brete	Fraktion DIE LINKE
Herr Eduard Jenke	Fraktion FDP

**Schriftführerin**

Frau Ramona Seidel

Sachbearbeiterin Abt. 15.4

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** eröffnet die Sitzung. Sie begrüßt die Stadtratsmitglieder, die Einwohnerinnen und Einwohner, die Gäste sowie die Vertreter der Medien.

Sie stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Sie bittet die Stadtratsmitglieder sich per Abstimmanlage anzumelden, um die tatsächliche Anwesenheit erfassen zu können, welche auch entsprechend in die Niederschrift aufgenommen wird.

Die Anwesenden gedenken in einer Schweigeminute den ehemaligen Chemnitzer Oberbürgermeister Herrn Dr. Pilz, welcher am Freitag, dem 13. Januar 2012 im Alter von 79 Jahren nach langer schwerer Krankheit verstarb.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 

Die Beschlussvorlage B-014/2012 (TOP 8.4) wird aufgrund der Diskussion im Sozialausschuss und auf Bitte des Herrn Bürgermeister Rochold von der Tagesordnung zurückgezogen.

Die Tagesordnung ist mit der genannten Änderung festgestellt.

- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich - vom 14.12.2011
- 

Es liegt kein Einwand zu der Niederschrift vor. Die Niederschrift gilt somit als genehmigt.

- 4 Bekanntgabe des Beschlusses aus der Sitzung des Stadtrates - nichtöffentlich - vom 14.12.2011
- 

Der Stadtrat beschloss mit Beschluss B-347/2011 den Gesellschaftervertreter der Stadt Chemnitz zu ermächtigen, in der Gesellschafterversammlung der TechnoPark Chemnitz GmbH der Bestellung von Herrn Dr. Jenz Otto als Geschäftsführer der TechnoPark Chemnitz GmbH zum 01.01.2012 zuzustimmen.

5 Informationen der Oberbürgermeisterin

---

Planungsprozess zum Stadtteil Brühl

Am 6. Oktober 2011 wurde ein Planungsprozess begonnen, bei welchem Akteure und potentielle Investoren eingeladen waren, sich in diesen Planungsprozess einzubringen. Gestern, am 24.01.2012 wurde dies der Öffentlichkeit vorgestellt, um noch einmal die Rückmeldungen aus der Bürgerschaft in den weiteren Abschluss dieses Planungsprozesses einzubringen. Die Oberbürgermeisterin glaubt auch anhand der gestrigen Reaktionen, dass man auf einem guten Weg sei. Die Stadtratsmitglieder seien selbstverständlich eingeladen, sich mit auf diesen Weg zu machen. Es werde eine zentrale Koordinierungsstelle mit Herrn Dr. Luczak als Brühlbeauftragten geben.

6 Fraktionserklärungen aus aktuellem Anlass

---

**Herr Stadtrat Dr. Müller (CDU-Ratsfraktion)** bemängelt zum wiederholten Male die Qualität bei der Ausarbeitung und Prüfung der Vorlagen vor der Einbringung in den Stadtrat. Seine Fraktion erwarte, dass Beschlussvorlagen rechtlich und inhaltlich geprüft seien und diese ohne grundsätzliche Bedenken und Rechtsbeistand beschlossen werden können. Dies sei ureigenste Aufgabe der Verwaltung. Auch bei Änderungen und Ergänzungen zu einzelnen Punkten in den Ausschüssen obliege es der Verwaltung, den Willen der Stadträte so in die Vorlagen einzuarbeiten, dass diese schlüssig sind. Dafür müsse die Zeit zwischen der Vorberatung im Ausschuss und der Beschlussfassung im Stadtrat ausreichen, ansonsten sei die Beratungsfolge falsch gewählt.

Zum Stadtfest führt er aus, dass das Fest nach der Übernahme der Stadt und Übertragung an die CWE unter weitgehendem Ausschluss der ortsansässigen Wirtschaft voll kommerzialisiert wurde. So sei es kein ortstypisches Fest mehr, das auch der regionalen Wirtschaft und der Identitätsförderung für Chemnitz dienen sollte. Somit sei das Ziel verfehlt. Vielleicht solle der Stadtrat darüber entscheiden, ob das Fest von der Stadt oder einem Verein gestaltet werden solle.

Zur Informationsvorlage zum EKKo, stellt er fest, dass die für das letzte Jahr relativ geringen Einsparungen im ersten Jahr des EKKos nicht erreicht worden. Das bis zur Ausreichung der Vorlage keine Vorschläge zur Lösung auf dem Tisch liegen sei sehr schlecht. Somit müsse man in den folgenden Jahren von größeren Lücken ausgehen. Da der Haushaltsentwurf 2012 einschließlich der mittelfristigen Finanzplanung mit höheren Defiziten als bei der Aufstellung des EKKos vorliege, schein die Lage schlechter, als im Haushalt dargestellt. Hier sei eine kurzfristige Analyse und ein Plan zur Erreichung der EKKo-Ziele notwendig.

7 Petition

---

Schneeberäumung Gießerstraße

Vorlage: P-014/2011

Einreicher: Herr Ralf Melzer und Frau Peggy Näser  
aus Chemnitz

---

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt  
(2 Ja-Stimmen, 52 Nein-Stimmen)**

8 Beschlussvorlagen

---

- 8.1 Bestellung des Stellvertreters für den Vorsitzenden des Umlegungsausschusses der Stadt Chemnitz, Bestellung des Mitgliedes mit Erfahrungen in der Bewertung sowie dessen Stellvertreter

Vorlage: B-010/2012

Einreicher: Dezernat 3/Vorsitzender des Umlegungsausschusses

---

Da es keinen Widerspruch gibt, finden die Wahlen offen statt.

Wahl des Stellvertreters für den Vorsitzenden des Umlegungsausschusses

Vorgeschlagen wird Herr Tibor Stemmler

**Wahlergebnis: einstimmig gewählt  
(55 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

Wahl des Mitgliedes mit Erfahrungen in der Bewertung von Grundstücken

Vorgeschlagen wird Herr Tibor Stemmler

**Wahlergebnis: einstimmig gewählt  
(52 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

Wahl des Stellvertreters für das Mitglied mit Erfahrungen in der Bewertung von Grundstücken

Vorgeschlagen wird Herr Kai-Uwe Hildebrandt

**Wahlergebnis: einstimmig gewählt  
(52 Ja-Stimmen, 4 Stimmenthaltung)**

**Beschluss B-010/2012**

Der Stadtrat der Stadt Chemnitz bestellt als Stellvertreter für den Vorsitzenden des Umlegungsausschusses Herrn Tibor Stemmler, als Mitglied mit Erfahrungen in der Bewertung von Grundstücken ebenfalls Herrn Tibor Stemmler sowie als dessen Stellvertreter Herr Kai-Uwe Hildebrandt für den Zeitraum ab 25.01.2012 bis Ende der Wahlperiode des Stadtrates.

**Wahlergebnis: einstimmig gewählt**

- 8.2 Änderung und Neufassung der Chemnitzpass-Richtlinie

Vorlage: B-006/2012

Einreicher: Dezernat 5/Amt 50

---

Zur Beschlussvorlage wurde ein Änderungsantrag der Fraktion PRO CHEMNITZ ausgereicht.

**Herr Stadtrat Ziems (Fraktion PRO CHEMNITZ)** begründet den Änderungsantrag seiner Fraktion. Seine Fraktion sei der Meinung, dass die kinderreichen Familien auch diese Vergünstigungen bekommen sollten. Da die CDU-Ratsfraktion ein wirksames soziales Netz über eine Familiencard erreichen wolle und die SPD-Fraktion ausdrücklich das Konzept der Familienkarte begrüßt habe, sei er gespannt ob sie dem Änderungsantrag zustimmen werden.

**Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion)** sagt, dass man Anträge stellen könne, weil man eine Sache gut finde oder aus reiner Provokation. Er erklärt, dass mit der Einführung der Familienkarte die Stadt für die Familienfreundlichkeit bereits viel getan habe und eine reine Aufwertung auf den Familienpass an dieser Stelle nichts bringe.

**Herr Stadtrat Jahn (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ)** sieht in dem Antrag seiner Fraktion keine Provokation, sondern einen sachlichen Antrag, welcher abgestimmt werden müsse.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion PRO CHEMNITZ

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt  
(3 Ja-Stimmen, 51 Nein-Stimmen,  
3 Stimmenthaltungen)**

**Beschluss B-006/2012**

Der Stadtrat beschließt die Chemnitzpass-Richtlinie in der Fassung der 5. Änderung vom 09.07.2008 (Stadtratsbeschluss B-146/2008) wird entsprechend Anlage 1 der Beschlussvorlage geändert und neu gefasst.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(53 Ja-Stimmen, 4 Stimmenthaltungen)**

- 8.3 Satzung der Stadt Chemnitz über die vorübergehende Unterbringung von Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten und über die Gebührenerhebung  
Vorlage: B-007/2012 Einreicher: Dezernat 5/Amt 50
- 

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Beschluss B-007/2012**

Der Stadtrat beschließt die Satzung der Stadt Chemnitz über die vorübergehende Unterbringung von Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten und über die Gebührenerhebung gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(53 Ja-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen)**

- 8.4 Einführung eines 24-Stunden-Sozialtickets zur Nutzung des ÖPNV  
Vorlage: B-014/2012 Einreicher: Dezernat 5/Amt 50
- 

Die Beschlussvorlage wurde unter TOP 2 zurückgezogen.

- 8.5 Verkauf der Flurstücke 523 a, 538/3, 697/2 und einer Teilfläche des Flurstücks 523 der Gemarkung Altchemnitz  
Vorlage: B-029/2012 Einreicher: Dezernat 6/Amt 23
- 

**Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE)** erklärt, dass die Fraktion DIE LINKE der Beschlussvorlage nicht zustimmen könne, da in der Preisgestaltung eine Ungleichbehandlung gegenüber Verkäufen von anderen Gebäuden und Grundstücken gesehen werde, bei denen darauf bestanden wurde, den Verkehrswert zur

Grundlage zu nehmen. Hier werde jedoch deutlich vom Verkehrswert abgewichen und somit soll gegen das Vermögen der Stadt verkauft werden. Solche Entscheidungen seien zwar auch politisch motiviert, man dürfe dann aber nicht übersehen, dass es sich bei Erwerbern um Nachkommen von Firmeninhabern handle, die nach 1945 im Rahmen eines rechtsgültigen Volksentscheides enteignet worden seien. Seine Fraktion denke, dass gerade in dem Zusammenhang das Bestehen auf dem Verkehrswert durchaus berechtigt wäre.

**Frau Bürgermeisterin Wessler** informiert, dass sich mit der Familie unterhalten wurde. Das Liegenschaftsamt habe klar dargelegt, dass sowohl die entsprechenden Investitionsverpflichtungen für das Gebäude vorhanden seien als auch Überlegungen der Familie dort in Erinnerung der Firmenentwicklung entsprechende Geschichte als Industriegeschichte der Stadt Chemnitz mit darzulegen. Zur erfolgen Enteignung weist sie auf die Rechtsgrundlagen hin und erklärt, dass auch dieser Sachverhalt nochmals geprüft wurde.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** stellt klar, dass es auf dem Gebiet der DDR nach 1945 bis zur deutschen Wiedervereinigung keinen freien Volksentscheid gegeben habe.

**Herr Stadtrat Kohlmann (Fraktion PRO CHEMNITZ)** sagt, dass die Logik des Herrn Gintschel bestechend sei, wenn er meint, dass der rote Mob die Leute schon mal beraubt habe und man sie jetzt nochmals abzocken müsse. Diese Argumentation offenbare eindrücklich, wessen Geistes Kind Herr Gintschel und seine Fraktion seien.

**Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** sagt, dass er grundsätzlich froh über den Verkauf solcher Gebäude sei, wenn sie saniert werden. Wobei hier noch die Möglichkeit bestehe, dass das Haupthaus abgerissen werden könne, da nur das Nebenhaus saniert werden müsse. Er stellt abschließend fest, dass Gebäude im Besitz der Stadt Chemnitz oftmals in so schlechtem Zustand seien, da die Sicherung der Gebäude zu spät erfolge.

**Herr Stadtrat Siegel (Fraktion DIE LINKE)** möchte sich als Fraktionsvorsitzender verbitten, dass Bezeichnungen wie „roter Mob“ in der Stadtratssitzung Eingang finden und möchte sich ganz entschieden dagegen verwahren. Ansonsten wurde sachlich zum Ausdruck gebracht, dass es darum gehe, andere Erlöse zu erzielen.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** stimmt den Ausführung des Herrn Siegel zur Disziplin im Stadtrat uneingeschränkt zu. Sie werde die Bemerkungen des Herrn Kohlmann prüfen lassen.

**Herr Stadtrat Kohlmann (Fraktion PRO CHEMNITZ)** erklärt, dass er den Begriff im Zusammenhang mit diesen damaligen Enteignungen gebraucht habe. Insofern halte er an dieser Bezeichnung fest. Er habe diese Bewertung nicht gegenüber der Fraktion DIE LINKE vorgenommen.

#### **Beschluss B-029/2012**

Der Stadtrat beschließt den Verkauf der Flurstücke 523 a, 538/3, 697/2 und einer Teilfläche des Flurstückes 523 der Gemarkung Altchemnitz entsprechend Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt**  
**(42 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen,**  
**1 Stimmenthaltung)**

8.6 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung in der Stadt Chemnitz (Straßenreinigungssatzung - StrRS)  
Vorlage: B-048/2012 Einreicher: Dezernat 6/ASR

---

Zur Beschlussvorlage wurde ein Änderungsantrag des Herrn Stadtrat Kraneis (SPD-Fraktion) ausgereicht.

**Frau Bürgermeisterin Wessler** leitet in die Beschlussvorlage ein und begründet, warum die Beschlussvorlage heute nochmals zur Beschlussfassung steht. Der Hauptgrund sei dabei, dass die Ordnungswidrigkeiten im § 10 angepasst werden müssen.

Des Weiteren erfolge mit dieser 2. Änderung die Umsetzung der Petition P-007/2011, welche im Stadtrat beschlossen wurde. Hierzu erklärt sie, dass mit dem Petenten eine Klärung zum Hintergrund seiner Petition erfolgte. Der Petent habe darauf heute schriftlich mitgeteilt, dass er seine Petition zurückziehe. Da dies der Intention des Änderungsantrages von Herrn Kraneis entspreche, bittet sie dem Änderungsantrag zuzustimmen.

**Herr Stadtrat Kraneis (SPD-Fraktion)** erklärt, dass es hier um eine prinzipielle Frage gehe. Mit seiner Petition habe der Bürger einen Formulierungsvorschlag eingebracht, von dem er der Meinung war, dass damit der Winterdienst durch die Stadt bei den genannten Straßen erfolgen würde. In der Begründung habe er deutlich zum Ausdruck gebracht, dass es ihm nur um den Winterdienst gehe. Die Verwaltung habe versäumt, dem Petitionsausschuss die klaren Zusammenhänge darzulegen und über den Sachverhalt aufzuklären. Daran richte sich seine heutige Kritik.

**Herr Bürgermeister Runkel** erinnert, dass in der Sitzung des Petitionsausschusses vom 13.04.2011 der Leiter des Tiefbauamtes ausdrücklich auf das Problem hingewiesen habe und dieses im Petitionsausschuss diskutiert wurde. Der Petitionsausschuss habe dem Stadtrat trotzdem die Zustimmung zur Petition empfohlen.

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP)** betont, dass eine Satzung beständig sein müsse und eine ständige Änderung von Satzungen keine Stetigkeit bringe. Aus dem jetzigen Verfahren müsse man Lehren ziehen.

**Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion)** stellt fest, dass lediglich ein Anruf beim Petenten erforderlich war, um das eigentliche Anliegen seiner Petition zu erfahren. Es solle zukünftig nicht nur nach dem Wortlauf, sondern nach dem tatsächlichen Anliegen der Bürger gesehen werden.

**Herr Stadtrat Kraneis (SPD-Fraktion)** sagt, dass in der Begründung der Verwaltung nichts davon stand, dass der Petent nur die Winterdienstpflicht in Anspruch nehmen wolle. Hier hätte die Verwaltung jedoch schon darüber aufklären müssen. Er führt aus, dass die Tatsache, dass eine Satzungsänderung mit nicht außergewöhnlicher Größenordnung dreimal im Stadtrat auf der Tagesordnung stehen musste, seitens der Verwaltung und dabei insbesondere von Herrn Bürgermeister Runkel nicht angemessen sei. Diese Dynamik sei ausgelöst worden, weil sich Herr Bürgermeister Runkel in einem Artikel öffentlich gegen eine bereits durch den Betriebsausschuss bestätigte Satzung ausgesprochen habe. Er hätte erwartet, dass nach dem daraufhin zwangsläufigen Zurückziehen der Vorlage spätestens in der Sitzung des Stadtrates im Dezember 2011 eine inhaltlich und rechtlich abgestimmte Vorlage vorgelegt worden wäre. Zur Klärung der dort immer noch offenen Fragen wäre die Verwaltung verantwortlich gewesen und nicht die Stadtratsmitglieder.

Er bittet darum, dass Vorlagen zukünftig mit der entsprechenden Sorgfalt vorgelegt werden. Da die Satzungsänderung nun insgesamt in Ordnung sei, werde die SPD-Fraktion dieser zustimmen.

Abstimmung über den Änderungsantrag des Herrn Kraneis

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt  
(45 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen)  
10 Stimmenthaltungen)**

**Beschluss B-048/2012**

Der Stadtrat beschließt die 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung in der Stadt Chemnitz (Straßenreinigungssatzung - StrRS) entsprechend Anlage 1 der Beschlussvorlage einschließlich des beschlossenen Änderungsantrages des Herrn Stadtrat Kraneis.

**Abstimmungsergebnis: mit Änderungen mehrheitlich beschlossen  
(42 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen,  
5 Stimmenthaltungen)**

- 8.7 Bauausführungsbeschluss für die Komplettsanierung Kindertagesstätte Ludwig-Richter-Straße 27, 09131 Chemnitz  
Vorlage: B-287/2011 Einreicher: Dezernat 1/SE 17
- 

**Herr Stadtrat Kohlmann (Fraktion PRO CHEMNITZ)** führt aus, dass hier eine Doppelkindertagesstätte sehr ausführlich saniert werden solle. Er habe sich diese Einrichtung gemeinsam mit einem Bauingenieur angesehen und festgestellt, dass die Fenster miserabel seien und ausgetauscht werden müssten. Fraglich sei, ob die Belüftungsanlage erforderlich ist. Da die Sanitäreinrichtungen zwischen 2001 und 2004 saniert wurden, sei auch hier fraglich, warum diese erneuert werden müssen. Das Dach sei 1997 saniert worden, so dürfte ein neues Dach auch noch nicht erforderlich sein. Den Brandschutz müsse man ohne Frage auf den aktuellen Stand bringen und auch der Dämmung müsse man zustimmen. Die restliche Sanierung bringe nicht viel, weil dadurch die Qualität der Einrichtung nur noch geringfügig steige. Von dem gleichen Geld könne man noch etliche andere Kindergärten so sanieren, dass zumindest das Wichtigste, wie Fenster und Sanitärräume auf den neuesten Stand gebracht werden. Die Beschlussvorlage könne somit die Zustimmung der Fraktion PRO CHEMNITZ nicht finden.

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP)** verweist auf § 12 der Kommunalen Haushaltsverordnung, mit welchem die Gemeinde verpflichtet werde, bei Investitionen mehrere Varianten zu erarbeiten und die wirtschaftlichste auszuwählen. Über den Zweifel, dass mit dem vorliegenden Bauausführungsbeschluss die wirtschaftlichste Variante vorgelegt wurde, wurde im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss bereits ausführlich diskutiert. Durch die Verwaltung wurde jedoch erklärt, dass ein Neubau noch höhere Kosten verursachen würde. 3,2 Mio. € für die Sanierung einer Kindertagesstätte sei schon eine Investition die man hinterfragen müsse zumal z. B. in 12 Grundschulen kein zweiter Rettungsweg vorhanden sei.



Er ziehe aus der Vorlage drei Schlussfolgerungen für die Verwaltung und den Stadtrat. So müsse ein Bauausführungsbeschluss, welcher der Kommunalen Haushaltsverordnung entspreche, zukünftig in drei Phasen erarbeitet werden. So müsse dem Architekten eine klare Aufgabenstellung vorgelegt werden. Dies sei im vorliegenden Fall nicht erfolgt, somit ist zwar eine schöne aber unwirtschaftliche Planung erfolgt. Als zweites müssten Varianten ermittelt werden. Bei einem Investitionsrückstand von 80 Mio. € bei Kindertagesstätten werde dieser nie aufgeholt, wenn man mit Sanierungen dieses Standards weiter mache. Zum Thema des energetischen Bauens in der Zukunft schlägt er vor, dass durch die Verwaltung eine Beratungsvorlage für den Planungs-, Bau- und Umweltausschuss vorgelegt werde. Abschließend stellt er fest, dass es keinen Planungsvorlauf gäbe. Dieser werde aber benötigt, wenn man Varianten erstellen und Fördermittelbeantragen wolle. Seine Fraktion werde in Zukunft darauf achten, dass entsprechend der Kommunalen Haushaltsverordnung Varianten untersucht werden, dass klare Aufgabenstellungen an die Planer gehen und eine Investitionsstrategie für Schulen und Kindertagesstätten erstellt werde.

**Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** unterstützt die Aussagen des Herrn Dr. Füsslein in vielen Punkten und meint, dass dies in Zukunft beachtet werden solle. Das vorliegende Bauvorhaben solle jedoch nicht gebremst werden, da die Plätze in dieser sanierten Kindertagesstätte dringend benötigt werden. Als positiv habe er zur Kenntnis genommen, dass hier eine Vollküche eingebaut werden solle. Ihn störe jedoch, dass es hierzu keine verbindlichen Regelungen gäbe, nach welchen Kriterien in Kindertagesstätten Vollküchen bzw. nur Ausgabeküchen eingebaut werden. Hierzu solle man sich in Zukunft auf einen Standard einigen, zumindest solle immer die Möglichkeit einer Vollküche bestehen.

**Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE)** meint, dass die Beschlussvorlage mit dieser Diskussion durch den Planungs-, Bau- und Umweltausschuss gar nicht zur Beschlussfassung hätte empfohlen werden dürfen. Auch sei mit der Sanierung der Kindertagesstätte nicht nur der Bau, sondern auch die Frage, wie die Kinder in dieser Einrichtung zukünftig leben, verbunden. Demnach hätte die Vorlage auch im Jugendhilfeausschuss vorberaten werden müssen.

**Herr Stötzer (Leiter GMH)** führt zum energetischen Bauen aus, dass mit dem Beschluss BA-08/2007 die Verwaltung beauftragt wurde, in höchst möglichem Maße energetisch zu planen und zu bauen. Dieses Thema sei ausgesprochen wichtig und die Verwaltung sei sehr bemüht, gegen steigende Energieverbräuche zu arbeiten. Die Erfahrung der letzten Jahre habe aber gezeigt, dass dieser Beschluss zu allgemein gefasst war. Insofern stimme er Herrn Dr. Füsslein zu, dass dieser Beschluss präzisiert werden müsse. Aus diesem Grund werde die Verwaltung eine Beratungsvorlage in den Ausschuss einbringen, um diskutieren zu können, welche energetischen Standards für die Zukunft gewünscht werden und auch leistbar seien. Zum Thema Wirtschaftlichkeit informiert er, dass eine Wirtschaftlichkeitsberechnung noch ausgereicht wurde. Dabei seien die Investitionskosten übliche Kosten, was Sanierungen angehe. Er geht auf verschiedene Sanierungsarbeiten ein und erläutert diese.

**Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion)** sagt, dass der Beschluss des Stadtrates zur Energieeinsparung hauptsächlich den Grund hatte, die Betriebskosten zu senken, aber auch etwas für den Klimaschutz im Zuge der CO<sub>2</sub>-Einsparung zu tun. Zu diesem Beschluss müsse man stehen oder er müsse geändert werden. Zu den Ausführungen des Herrn Gintschel informiert er, dass der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss das Thema sehr ausführlich diskutiert habe. So entstand in der ersten Vorberatung die Frage, ob ein Neubau nicht eventuell wirtschaftlicher wäre. Dies wurde durch die Verwaltung berechnet und dargelegt, dass ein Neubau an dieser Stelle teurer wäre. Er betont, dass der Ausschuss der Vorlage in seiner Mehrheit zugestimmt habe. Er führt aus, dass der Vorschlag einer Komplettsanierung richtig sei, da es sich hier um eine der größten Kindertagesstätten der Stadt handle und ein großer Sanierungsrückstau bestehe. Aus dem Ausschuss heraus habe die Verwaltung den Auftrag mitgenommen, zukünftig vor Bauausführungsbeschlüssen zu prüfen, ob andere Varianten ggf. besser wären.

**Herr Stadtrat Kohlmann (Fraktion PRO CHEMNITZ)** weist darauf hin, dass damit gerechnet werde, dass die Einrichtung für die Sanierung 1 ½ Jahre geschlossen werde und die Kinder für diese Zeit in der Straße Usti nad Labem untergebracht werden. Er fragt, wo hier der soziale Aspekt bleibe, da es sich um keine zumutbare Lösung handle. Bei einer Sanierung nur der wesentlichen Teile sei eine Sanierung ggf. innerhalb der Sommerpause möglich.

**Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion)** erklärt, dass als erste Phase solch eines Vorhabens die Prüfung vorangestellt werden müsse, an welcher Stelle das Geld am sinnvollsten eingesetzt werden solle, um bedarfsgerecht und zeitgemäß zu planen. Es stelle sich nämlich die Frage, ob es heute noch zeitgemäß sei, 221 Plätze einer Kindertagesstätte an einem Standort zu konzentrieren. Man müsse sich also im Vorfeld solcher Investitionen unterhalten, wie strategisch richtig der Standort sei. Zum Beschluss zum energetischen Bauen meint er, dass dieser damals notwendig war und jetzt mit der nötigen Flexibilität untersetzt werden müsse. Dabei müsse auch hier standort- und projektbezogen gedacht werden.

**Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** greift auf, dass man vielleicht zukünftig Sanierungsmaßnahmen bei Kindertagesstätten im Jugendhilfeausschuss vorberät, dass auch diese Aspekte berücksichtigt werden können.

**Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion)** meint, man solle die Diskussion über das Thema beenden, da im Ausschuss ausführlich beraten und diskutiert wurde und man sich dessen Empfehlung anschließen solle. Er weist abschließend darauf hin, dass es sich hier um eine doppelte Kindertageseinrichtung handle und sich somit die Bausumme von 3,1 Mio. € relativiere.

**Herr Stadtrat Jahn (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ)** meint, dass die Forderungen an die Verwaltung zukünftig sicher wie bisher nicht umgesetzt werden, wenn nicht tatsächlich ein Beschluss einmal abgelehnt werde. Deswegen appelliert er an die Stadtratsmitglieder diese Beschlussvorlage abzulehnen.

**Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion)** weist darauf hin, dass zur Sanierung der Kindertagesstätte ein Zeitplan einzuhalten sei und die Weichen für dieses Verfahren bereits gestellt worden seien. Auch stimme es nicht, dass alle Kinder in das Heckert-Gebiet ziehen müssten, da es auf dem Sonnenberg eine Einrichtung als Ausweich gäbe. Er sagt, dass die Eltern in den Prozess eingebunden seien und nicht verstehen könnten, wenn die Sanierung nunmehr vertagt werden würde.

Er stellt abschließend fest, dass es sich um keine Luxussanierung handle, sondern eine abgewogene Sache sei. Er bittet, dem Votum des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses zu folgen.

**Frau Bürgermeisterin Wesseler** fasst zusammen, dass sich er Planungs-, Bau- und Umweltausschuss im Dezember sehr intensiv mit der Vorlage beschäftigt und Prüfaufträge klar formuliert habe. Das Ergebnis wurde den Mitgliedern schriftlich mitgeteilt und auf dieser Basis fand die erneute Beratung im Ausschuss statt. Die dort erfolgten Abwägungen wurden sehr gewissenhaft getroffen. Insofern könne sie das Votum des Ausschusses nur unterstützen.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** ergänzt, dass selbstverständlich die Anregungen aus der Diskussion mitgenommen werden und auf diese in den Fachausschüssen immer wieder zurückgekommen werden sollte.

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP)** erklärt, dass es ihm mit seiner Kritik darum ging, Schlussfolgerungen für die Zukunft zu ziehen und nicht darum, diese Vorlage abzulehnen.

**Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion)** verdeutlicht, dass der Jugendhilfeausschuss der Fachausschuss für die Kindertagesstättenbedarfsplanung sei und mit dieser beschlossen habe, dass die Kindertagesstätte Ludwig-Richter-Straße dort mit der Kapazität erhalten bleiben solle. In den Planungs-, Bau- und Umweltausschuss wurde der entsprechende Bauausführungsbeschluss eingebracht. Dieser habe nach Prüfung und Diskussion die Vorlage bestätigt, was auch den Intentionen des Jugendhilfeausschusses entspreche. Es sei aus seiner Sicht nicht erforderlich, die Bauausführungsbeschlüsse im Jugendhilfeausschuss vorzubereiten, da die Grundlagenplanungen ja aus den Fachausschüssen kämen. Zukünftig müsse dabei beachtet werden, was mit zurückgehenden Mitteln überhaupt noch leistbar sei. Er sagt, dass es nicht nur verwirrend, sondern auch unverantwortlich sei, mit Halbwahrheiten in die Irre zu führen. Da auch die Eltern und Beschäftigten auf den Startschuss warten bittet er der Beschlussvorlage zuzustimmen.

**Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE)** sagt, dass die fachlichen Ansätze, welche in der Diskussion angeführt wurden, im Ausschuss und nicht im Stadtrat diskutiert werden sollten.

**Frau Stadträtin Knorr (SPD-Fraktion)** schlägt vor, bei zukünftigen Sanierungsmaßnahmen von Kindertagesstätten o. ä. die Kinderbeauftragte im Vorfeld mit einzubeziehen. Sie sei aber dagegen zu vorliegender Vorlage alles noch einmal neu zu machen.

**Herr Stadtrat Kohlmann (Fraktion PRO CHEMNITZ)** sagt, dass festgestellte Halbwahrheiten richtig gestellt werden sollten, dies aber offensichtlich nicht möglich sei weil es an Argumenten fehle.

#### **Beschluss B-287/2011**

Der Stadtrat beschließt die Bauausführung für die Komplettsanierung Kindertagesstätte Ludwig-Richter-Straße 27, 09131 Chemnitz.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt  
(50 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen,  
1 Stimmenthaltung)**

- 8.8 Abwägungs- und Satzungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 05/04 Solarpark Sandstraße, Borna  
Vorlage: B-308/2011 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
- 

Die öffentliche Abwägung erfolgte im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss am 01.11.2011. Aus diesem Grund werden alle Punkte des Beschlussvorschlages en bloc abgestimmt.

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Beschluss B-308/2011**

Der Stadtrat beschließt:

1. dem Wechsel des Vorhabenträgers von GbR Fischblase zu Projektgesellschaft 1 Solarpark Sandstraße 116 UG wird gemäß § 12 Absatz 5 BauGB zugestimmt;
2. die Abwägungen zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 05/04 Solarpark Sandstraße, Borna.
3. Auf Grund des § 12 des Baugesetzbuches in Verbindung mit § 10 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3316), sowie nach § 89 der Sächsischen Bauordnung in der Fassung vom 28. Mai 2004 (SächsGVBl. S. 200), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. S. 102), in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2003 (SächsGVBl. S. 55, 159), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. Januar (SächsGVBl. S. 138), beschließt der Stadtrat der Stadt Chemnitz den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 05/04 Solarpark Sandstraße, Borna bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), in der Fassung vom 09.09.2011 (Anlage 3 der Beschlussvorlage) als Satzung.
4. Die Begründung mit dem Umweltbericht in der Fassung vom 09.09.2011 (Anlage 4 der Beschlussvorlage) wird gebilligt.
5. Die zusammenfassende Erklärung über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan berücksichtigt wurden und aus welchen Gründen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde, wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(53 Ja-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen)**

- 8.9 Abwägungs- und Satzungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 05/02 "An der Steinwiese"  
Vorlage: B-009/2012 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
- 

Die öffentliche Abwägung erfolgte im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss am 17.01.2012. Aus diesem Grund werden alle Punkte des Beschlussvorschlages en bloc abgestimmt.

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

### **Beschluss B-009/2012**

Der Stadtrat beschließt:

1. die Abwägungen zum vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 05/02 „An der Steinwiese“.
2. Auf Grund des § 12 des Baugesetzbuches in Verbindung mit § 10 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), sowie nach § 89 der Sächsischen Bauordnung in der Fassung vom 28. Mai 2004 (SächsGVBl. S. 200), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. August 2009 (SächsGVBl. S. 438), in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2003 (SächsGVBl. S. 55, 159), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juni 2009 (SächsGVBl. S. 323, 325), beschließt der Stadtrat der Stadt Chemnitz den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 05/02 „An der Steinwiese, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), in der Fassung vom Mai 2011 (Anlage 3 der Beschlussvorlage) als Satzung.
3. Die Begründung mit dem Umweltbericht in der Fassung vom Mai 2011 (Anlage 4 der Beschlussvorlage) wird gebilligt.
4. Die zusammenfassende Erklärung über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan berücksichtigt wurden und aus welchen Gründen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde, wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(49 Ja-Stimmen, 6 Stimmenthaltungen)**

---

## 9 Informationsvorlage

---

Controlling des Entwicklungs- und Konsolidierungskonzeptes der Stadt Chemnitz  
per 30.09.2011  
Vorlage: I-001/2012                      Einreicher: Dezernat 1/Amt 20

---

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

---

## 10 Beschlussanträge

---

- 10.1 Umsetzung und Fortschreibung der "Initiative gegen Kinderarbeit  
Vorlage: BA-018/2011                      Einreicher: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
Fraktion DIE LINKE, CDU-Ratsfraktion,  
SPD-Fraktion, Herr Stadtrat Wolf
- 

Zum Beschlussantrag wurden eine Änderung des Einreichers, ein Änderungsantrag der Fraktion PRO CHEMNITZ, eine Stellungnahme der Verwaltung sowie eine aktualisierte Fassung dazu ausgereicht.

Mit der ausgereichten Änderung zum Beschlussantrag ändert sich der Einreicher des Antrages. Die Fraktionen CDU, SPD und Herr Stadtrat Wolf sind nunmehr ebenfalls Einreicher.

**Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion)** sagt, dass ihn verwundert habe, dass ausgerechnet die Fraktion PRO CHEMNITZ in ihrem Antrag das Anglizismus „Made in Germany“ verwendet und bezieht sich dabei auf die Diskussion zur Beschriftung der Delegiertensprechstellen.

**Herr Stadtrat Kohlmann (Fraktion PRO CHEMNITZ)** stellt fest, dass das Gebot der Sachlichkeit von der Oberbürgermeisterin nur dann gerügt werde, wenn es die Fraktion PRO CHEMNITZ betreffe. Er erklärt, dass es sich bei dem Begriff „Made in Germany“ um ein Markenzeichen, was fast 100 Jahre alt sei und seitdem weltweit verwendet werde, handelt. Der Beschlussantrag mache nur Sinn, wenn nicht nur sichergestellt werden solle, dass Waren nicht durch Kinderarbeit hergestellt wurden, sondern auch unter Einhaltung von zumindest den notwendigsten Umwelt- und Sozialstandards, auch für die erwachsenen Beschäftigten.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** weist darauf hin, dass es ihr nicht zustehe, das Niveau von Redebeiträgen zu beurteilen. Ihre Aufgabe sei es, festzustellen, ob bestimmte Sachverhalte zu ahnden seien.

**Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** informiert zum Begriff „Made in Germany“, dass jedes Unternehmen dieses Label verwenden dürfe, wenn lediglich die Endproduktion oder die Endmontage eines Erzeugnisses in Deutschland erfolge. Insofern gehe der Änderungsantrag in die völlig falsche Richtung und habe mit dem Beschlussantrag nichts zu tun.

**Herr Stadtrat Jahn (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ)** erklärt, dass es bei einer persönlichen Beleidigung ihm gegenüber die Aufgabe der Oberbürgermeisterin gewesen wäre, etwas zu sagen.

**Herr Stadtrat Kohlmann (Fraktion PRO CHEMNITZ)** sagt, dass es die Grenze des guten Geschmacks weit überschreite und zu kritisieren sei, wenn sein Fraktionskollege aufgefordert werde, seinen Vornamen abzulegen.

**Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion)** stellt klar, was er tatsächlich zu Herrn Jahn gesagt habe.

#### Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion PRO CHEMNITZ

**Abstimmungsergebnis:   mehrheitlich abgelehnt  
(3 Ja-Stimmen, 51 Nein-Stimmen,  
2 Stimmenthaltungen)**

#### **Beschluss BA-018/2011**

Der Stadtrat beschließt:

Im Rahmen der Umsetzung des Stadtratsbeschlusses BA-11/2008 wird die Stadtverwaltung Chemnitz beauftragt, dem Stadtrat bis spätestens Juni 2012 eine Beschlussvorlage zur weiteren Qualifizierung der Ausschreibungs-, Beschaffungs- und Vergabepaxis der gesamten SVC im Sinne der Initiative gegen Kinderarbeit vorzulegen. Ausgehend von der Darstellung des bisher Erreichten in der Umsetzung des BA-11/2008 sind u. a. Vorschläge zur

Erarbeitung einer Dienstanweisung zur Umsetzung des Stadtratsbeschlusses,

Aufnahme entsprechender Regelungen in die Vergaberichtlinien der Stadt Chemnitz,

Pflicht für Bieter und Leistungserbringer, zu über unverbindliche Eigenerklärungen hinausgehende Mitgliedschaft oder Zertifizierungen bei/durch unabhängigen und anerkannten Institutionen,

Forderung nach durch die Bieter und Leistungserbringer einzuhaltenden ILO-Kernarbeitsnormen, die den völkerrechtlichen Status von Menschenrechten besitzen,

regelmäßigen Qualifizierung der Mitarbeiter in den Vergabestellen der SVC,

zu prüfen und dem Stadtrat entsprechend seiner Zuständigkeit in Form verbindlicher Regelungen zur Beschlussfassung vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt  
(49 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen,  
4 Stimmenthaltungen)**

10.2 Planung der Reparatur von Spielgeräten  
Vorlage: BA-021/2011 Einreicher: CDU-Ratsfraktion

---

Zum Beschlussantrag wurden ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE und eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

**Herr Stadtrat Ulbrich (CDU-Ratsfraktion)** erklärt, dass der Beschlussantrag darauf abziele die Kinderspielgeräte an den Einrichtungen als Budgetlösung zu finanzieren, so dass die Reparaturen im laufenden Jahr vergeben und kurzfristig ausgeführt werden können.

**Frau Stadträtin Pester (Fraktion DIE LINKE)** führt aus, dass die Fraktion DIE LINKE den Beschlussantrag der CDU-Ratsfraktion unterstütze. Da aber auch bei den öffentlichen Spielanlagen ein jährlicher Sanierungsstau von 350.000 € bestehe und hier derzeit einige Anlagen gesperrt sind, reiche ihre Fraktion den Änderungsantrag zum Beschlussantrag ein.

Abstimmungsantrag über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt  
(51 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,  
5 Stimmenthaltungen)**

**Beschluss BA-021/2011**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt einen Vorschlag zu unterbreiten, wie die Aufwendungen für die Reparatur von Spielgeräten sowohl von öffentlichen Spiel- und Freizeitanlagen als auch von Kindergartenspielplätzen von einer Planung in folgenden Haushaltsjahren in eine Budgetlösung im laufenden Jahr eingeordnet werden können.

**Abstimmungsergebnis: mit Änderungen einstimmig beschlossen  
(53 Ja-Stimmen, 4 Stimmenthaltungen)**

- 10.3 Umsetzung der EKko-Maßnahmen 61/01 und 67/08 - Zukunft des städtischen Umweltzentrums  
Vorlage: BA-001/2012 Einreicher: SPD-Fraktion
- 

Zum Beschlussantrag wurde eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

**Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE)** sagt, dass sich der Beschlussantrag seiner Fraktion nicht ganz erschließe, da der Zeitpunkt der Antragstellung kurz vor der Haushaltssitzung fraglich sei. Er erinnert, dass zur Ekko-Maßnahme 61.01 zum Umweltzentrum seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und seiner Fraktion die Auswirkungen des Verwaltungsvorschlages diskutiert wurden. Der Stadtrat aber den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zu dieser Maßnahme ablehnte, so dass die gegenwärtige Situation entstanden sei. Dies bedeute, dass der jetzige Leiter des Umweltzentrums nach altersbedingtem Ausscheiden des Leiters des Botanischen Gartens auf diese Stelle umgesetzt werde, ohne dafür die fachliche Qualifizierung entsprechend der Stellenausschreibung zu besitzen. Für die zweite Stelle des Umweltzentrums solle eventuell eine Umsetzung innerhalb der Verwaltung erfolgen. Zum Botanischen Garten fragt er, wer diesen fachlich leiten solle, wenn der gegenwärtige stellvertretende Leiter ausscheide. Die Antworten auf zwei Ratsanfragen zum kommunalen Umweltzentrum ließen den Schluss zu, dass dessen Tage gezählt seien.

Er äußert, dass es mehrfach Beratungen zwischen den Vertretern der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion DIE LINKE und auch der SPD-Fraktion gab, wo beraten wurde, wie das kommunale Umweltzentrum erhalten werden könne. Hieraus sollte ein fraktionsübergreifender Antrag gestellt werden. Nun käme jedoch völlig überraschend dieser formell unschädliche Prüfauftrag der SPD-Fraktion. Dass mit einer Zusammenlegung der Einrichtungen sowohl Angebote des städtischen Umweltzentrums als auch des Botanischen Gartens wegfallen, liege auf der Hand. Dass durch eine Prüfung ggf. neue Angebote hinzukommen sollten, finde er utopisch. Er betont, dass es bei dieser Thematik nicht um irgendwelche neuen Prüfaufträge gehe, sondern es gehe darum, den dauerhaften Erhalt dieser beiden Einrichtungen zu sichern. Er geht noch auf den möglichen Sitz des Umweltzentrums ein und meint, dass es darum gehe, wo die Mitarbeiter effektiv arbeiten könnten. Dies sei nach Auffassung seiner Fraktion nicht der Botanische Garten. Die Fraktion DIE LINKE trete für ein kommunales Umweltzentrum möglicherweise am geplanten Standort Weststraße 8 und für einen funktionsfähigen Botanischen Garten mindestens in dem jetzigen Erhalt ein. Seine Fraktion lehne daher den Beschlussantrag ab und beantrage namentliche Abstimmung über den Antrag.

**Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion)** erklärt, dass der Beschlussantrag seiner Fraktion nicht nur unschädlich, sondern für eine fundierte Entscheidung unumgänglich sei. Mit dem Beschlussantrag solle erreicht werden, dass Varianten vorgelegt werden, ob es ggf. Synergien bei einer Zusammenarbeit geben könne. Auch solle vermieden werden, das Engagement der Vereine mit den kommunalen Aufgaben zu vermischen. Er bittet, für den Beschlussantrag zu stimmen, um für eine fundierte Entscheidung die Informationen zuarbeiten zu lassen. Die beantragte Frist für die Vorlage einer Konzeption werde bis April 2012 verlängert.



**Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** bedankt sich bei Herrn Scherzberg für seinen Redebeitrag, der die Dinge auf den Punkt gebracht habe. Sei meint es sei ein fadenscheiniges Argument, wenn die SPD-Fraktion sage, dass sie keinen Schnellschuss wolle. In der Stadtratssitzung zur Haushaltssatzung aber sollen die Stellenstreichungen für das Umweltzentrum beschlossen werden und die SPD-Fraktion meine sie habe Zeit, Perspektiven vorlegen zu lassen. Zum jetzigen Zeitpunkt sei der Antrag völlig kontraproduktiv.

**Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion)** meint, dass die Frage eines Prüfauftrages zwar meist unschädlich sei. Bei diesem Beschlussantrag sei sie jedoch nicht unschädlich, da noch mehr Zeit ins Land gehe und damit noch lange keine Umsetzung erfolge. So lange könne weder der Botanische Garten, noch das Umweltzentrum warten. Sie erinnert, dass das Umweltzentrum auch für urchristliche und auch urbürgerliche Werte stehe und eintrete. Dies seien Themen, die so grundlegend seien, dass das Umweltzentrum definitiv aktive Unterstützung benötige.

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP)** unterstützt die Aussagen des Herrn Scherzberg und denkt, dass das Umweltzentrum viel stärkere, mit dem Schulbiologiezentrum überhaupt nicht zusammenhängende Aufgaben übernehmen müsse.

**Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion)** betont, dass sich das Umweltzentrum nicht nur über zwei städtische Mitarbeiter definiere, sondern über die Vereine und die Arbeit, die dort geleistet werde. Mit der beantragten Konzeption sollen Fragen zur Arbeitsorganisation innerhalb der Verwaltung beantwortet werden. Dass das Umweltzentrum an sich auf der Kippe stehe stimme nicht.

#### Abstimmung über den Antrag auf namentliche Abstimmung

**Abstimmungsergebnis:   mehrheitlich bestätigt  
                                  (46 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen,  
                                  4 Stimmenthaltungen)**

*Somit findet namentliche Abstimmung statt.*

Frau	Barthold	JA
Frau	Dr. Becherer	JA
Frau	Drechsler	JA
Frau	Hochmuth	NEIN
Frau	Kempe	NEIN
Frau	Knorr	JA
Frau	Köhler	NEIN
Frau	Pastor	NEIN
Frau	Patt	NEIN
Frau	Pester	NEIN
Frau	Schaper	NEIN
Frau	Schinkitz	NEIN
Frau	Szymenderski	JA
Frau	Weber	NEIN
Frau	Zais	NEIN
Herr	Tillmann	NEIN
Herr	Bauer	JA
Herr	Brückom	JA

Herr	Dr. Füsslein	NEIN
Herr	Dr. Gericke	JA
Herr	Dr. Langer	NEIN
Herr	Dr. Müller	JA
Herr	Dr. Neubert	NEIN
Herr	Dr. Schubert	ENTHALTUNG
Herr	Dr. Schultz	JA
Herr	Fritzsche	JA
Herr	Gintschel	NEIN
Herr	Haase	JA
Herr	Höfler	JA
Herr	Höhnel	ENTHALTUNG
Herr	Hopperdietzel	NEIN
Herr	Horváth	JA
Herr	Jahn	NEIN
Herr	Kempe	JA
Herr	Kohlmann	NEIN
Herr	Konrad	ENTHALTUNG
Herr	Kraneis	JA
Herr	Lehmann	NEIN
Herr	Leistner	NEIN
Herr	Lohse	NEIN
Herr	Meyer	JA
Herr	Möstl	JA
Herr	Müller	JA
Herr	Otto	JA
Herr	Reinshagen	NEIN
Herr	Scherzberg	NEIN
Herr	Schinkitz	NEIN
Herr	Schmidt	NEIN
Herr	Schulze	NEIN
Herr	Siegel	NEIN
Herr	Ulbrich	NEIN
Herr	Walter	NEIN
Herr	Wirth	JA
Herr	Wolf	NEIN
Herr	Zais	NEIN
Herr	Ziems	NEIN
Frau	Ludwig	JA

**Abstimmungsergebnis:   mehrheitlich abgelehnt  
(22 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen,  
3 Stimmenthaltungen)**

- 10.4 4. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Chemnitz  
Vorlage: BA-002/2012 Einreicher: SPD-Fraktion, CDU-Ratsfraktion,  
Fraktion DIE LINKE, Fraktion FDP,  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 

Zum Beschlussantrag wurde eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Beschluss BA-002/2012**

Der Stadtrat beschließt die 4. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Chemnitz entsprechend des Beschlussvorschlages.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(55 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen)**

*Das erforderliche Quorum der Mehrheit aller Mitglieder des Stadtrates wurde somit erreicht.*

- 11 Anfragen der Stadträtinnen und Stadträte
- 

Herr Stadtrat Scherzberg, Frau Stadträtin Schaper, Frau Stadträtin Pester, Frau Stadträtin Weber und Frau Stadträtin Dr. Becherer geben schriftliche Ratsanfragen ab.

- 12 Bestimmung von zwei Stadratsmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich -
- 

Zur Unterzeichnung der Niederschrift werden **Herr Stadtrat Walter (CDU-Ratsfraktion)** und **Herr Stadtrat Wirth (SPD-Fraktion)** bestätigt.

02.02.2012 *Barbara Ludwig*  
Datum Barbara Ludwig  
Vorsitzende  
des Stadtrates

06.02.2012 *Walter*  
Datum Walter  
Mitglied  
des Stadtrates

06.02.2012 *M. Wirth*  
Datum Wirth  
Mitglied  
des Stadtrates

01.02.2012 *Seidel*  
Datum Seidel  
Schriftführerin